

Morgen-Ausgabe.



Berliner Tageblatt

Nr. 5.
36. Jahrgang

Freitag
4. Januar 1907

**Hierzu die Wochen-Beilage
„ULK“ No. 1.**

Eine neue Revolution in Serbien?

(Von unserem Korrespondenten.)

■ Belgrad, 2. Januar

Keine offiziöse Stimmungsmacherei vermag einmal eine sohe meh
zu verbrethen: in Serbien gibt sich wieder einmal eine ho
gradige Särgung und, aus dieser Särgung, kann sich Freig
nijah ergeben, geeignet, die schlimmsten Befürchtungen zu
rechtfertigen. Es geht schon recht bunt in Belgien zu.
Die Mehrheit, die in der **Stuphatura** die Anteile votierte, mußte
sich ans dem Parlamentsgebäude durch ein **Unter
portischen** flüchten. Die drohende Menge, die das **geheime
Haus** umlagerte, zog dann vor das Königsspalais und
hier wurden wilde Rufe laut, die fast nicht bloß gegen die
Abgeordneten der Regierungspartei und die Regierung, son
dern direkt gegen Peter I. richteten. Wohl gelang es den
berittenen Gendarmen, mit den blauen Säbeln die Menge
auseinanderzuwagen. Aber Bewegungen wie diese wachsen
am Balkan mit seinen unruhigen Volkscharaktern bald
mächtig an. Neue, verstärkte Demonstrationen werden
noch nach der Sanction der Anteile durch den
König angefordert. Und wer weiß, ob es immer gelingen
wird, die erregte Menge niederzuhalten. So erhält König
Peter wider Erwartet und schon nach dreizehntägiger Regierung
am eigenen Leibe die Wandelbarkeit des Bourgund. Der
Thron der Karagorowitz, auf blutigen Boden aufgebaut,
fräkt in allen Ecken.

fracht in allen Ecken.
Die Wirkungen der hochgradigen Säumung in Serbien sind verschiedenster Art. In der Hauptstadt sind sie auf die gefestigten Handelsvertragsvereinbarungen mit Österreich-Ungarn durchdrungen. Die autoritärerste politische Partei war in den politischen Kreis von Belgrad und nicht bloß der Regierungspartei, recht vorwärts. Aber der feindselige Bauer, der weder seine Schweine noch sein Rindvieh nach seinen Pflaumen an den Mann bringen konnte, sah sich plötzlich dem König preisgegeben. Alle Bemühungen der Regierung für Vieh- und Landwirtschaftliche Produktion durfte neue Abschaffungen anfinden, erwiesen sich, wie vorausgesagt, als vergeblich. Dieser Platz liegt nämlich in Österreich-Ungarn, oder es führt der Weg dagegen in Österreich-Ungarn. Serbien ist vorläufig in wirtschaftlicher Hinsicht auf jenseit seiner geographischen Lage ganz und gar davon abhängig, dass die österreichischen Doppelpolitiken ablaufen. Werden die wirtschaftlichen Beziehungen zerstört, so steht das Königreich sis-avis bis zur Reise. Der ist jetzt aber als sechs Monaten schon anderterne finanzielle Notstand droht schwer auf. Handel und Wandel. Nur die Säumung im Boote wäre er allein schon Grund genug. Aber die gegenwärtige eisartige Stimmung wird durch die schweren Beleidigungen erzeugt, die in der Presse in der Stuhlpolitik, den öffentlichen Versammlungen gegen die Regierung mit gegen den König erhoben wurden. Die Durchsetzung der Schneiderischen Kanonentfernerungen durch den Ministerpräsidenten Baschitsch wird auf Betriebe prahlendes. So gut die Summen werden überall genannt, die der Regierungsschaf erhalten haben sollte. Und seine Vorlesung der Befreiungen ist an dem Zollkrieg mit Österreich-Ungarn und dem Sieg in Serbien schuld. Ob nun die Gerechtigkeit mehr oder weniger sind, ihre Aufgabe, das Volk gegen die Regierung aufzutreiben, haben sie exakt. Leiderthins wieder gegen den König vorgebracht. Der König sieht die Wiederaufstellung der einst konfiszierten Güter, der Karavagewildwirtschaft oder drei Millionen Francs, die ihrem Wert an läbend entzweihaben, verlangt haben, und die Bedeckung dieser Forderung soll aus der neuen Amtkleid, die mit der Schneiderischen Kanonentfernung so inting zusammenhängt, erfolgen. Darunter die Rufe der wildgewordenen Mengen vor dem Palast und der Konfetti-Schau. Nieder mit den drei Millionen-Jägern.

Selbstredender Katalysator: „Nieder mit den drei Millionen!“ „Nieder mit der Batschikopolit!“ „Nieder mit den Schneider-Agenten!“ „Hoch die Republik!“ „Es steht zu befürchten, daß König Peter zu den drei Millionen, die die Majestät der Prinzessin Jelena bilden sollen, kaum gelangen dürfte.“ Es steht aber noch viel mehr zu befürchten. Es ist wieder einmal eine Revolution am Balkan, ganz wie in den Juni-Tagen des Jahres 1908, angeplatzt. Schon seit Wochen ergibt man sich in den politischen Kreisen Belgrads, in Semlin, in den Serbenbezirken von Wien und Budapest, daß in den ersten Januar-tagen (alten Stils), also nach dem 13. Januar westeuropäischer Zeitrechnung) eine Revolution in Belgrad dem Regime der Karadjordjevitsch ein Ende machen soll. Der König soll nach Abdankung und zum Verlassen Serbiens mit allen Mitgliedern seiner Familie gezwungen werden. Offenbar besteht in dem unruhigen Kleinstaat eine Verwicklung mit diesen Zielen. Manche wollen sogar wissen, daß ihr Ministerpräsident Batschikow angehört, da er dem König gern um die beschriebenen drei Millionen prellen möchte. Jedenfalls hat die Gruppe von Politikern, die diese Aufführung in Serbien beweget, bereits, wie durch einen Induktionsprozeß, in London vertraulich

anfragen lassen, ob nicht ein englischer Prinz sich des serbischen Throns annehmen möchte. Die Antwort wird, wie nicht anders zu erwarten, sehr enttäuschen und verneinen. Ob die revolutionäre Unterstremung in Serbien, die neuzeitlich sogar mit dem republikanischen Gedanken fortsetzt, ernt zu ziehen ist, wird sich ja bald erweisen müssen. Endgültig wird wir in Serbien wieder einmal an einem Punkt angelangt sein, wo die bedeutsamsten Möglichkeiten in der Erfüllung stehen können. Das einmal eingetigte Land wandert von Krise zu Krise. Und der verhängnisvolle Mann des Augenblicks heißt, wenn nicht alle

Der vorstehende Belgrader Artikel erhält eine hochinteressante Be- fähigung und Ergänzung durch das nachstehende Private Telegramm, das unsre Wiener Correspondent uns übermittelt:

Erscheint, doch die serbischen Revolutionäre einen Battenberger auf den serbischen Thron erheben wollen. Der Plan soll bei hohen Deern sein, darunter die Königin Genova.

Spanien Unterstüzung finden. Dientigen Mitglieder der Familie Battenberg, die in erster Linie in Prag kommen könnten, sind: Prinz Franz Joseph, der 45 Jahren alte, bulgarischer Oberst à la suite des I. Russisch-Österreichischen und mit der Prinzessin Anna von Montenegro, einer Tochter Niñas, verheirathet ist; dann ein älterer Sohn Ludwig Alexander, der jetzt 58 Jahre zählt und britischer Admiral ist, ferner die drei Söhne des verstorbenen Prinzen Heinrich von Battenberg, der spanischstämmige Prinz Alexander Albert, der Midshipman in der britischen Marine, der siebzehnjährige Seepilot Arthur Donat Battenberg und der fünfzehnjährige Moritz Viktor Donat Battenberg. Prinzen Ludwig Alexander und Prinz Joseph will Österreich, die drei jüngeren Söhne des Prinzen Heinrich bestehen den chemischen Dienst an der Universität von Bulgarien. — Das die Königin und die Tante die Güte zuwohlen hinter sich hat, den leiblichen Thron nun befreien zu wollen, zeigt jedenfalls von einem ungemein wichtigen Interesse für Staatsangehörige und einem regen Familienkreis. Man auch erwartet, ob es ihr und den anderen Damen gelingen wird, dem alten König Peter einen Besuch abzustatten.

* Der Degen Bonapartes ist vom Fürst-Bülow nicht umsonst beschworen worden. Wir haben bereits nachgewiesen, dass der Hinweis des Kanclers nichts als ein Kinderspiel ist; aber der ironische Reichs-“ nimmt ihn ernst.“ Berechnet sie fälschlich an dieser ersten Mahnung des Bülow-Schreibens

indem er dazu bemüht: „Es ist ganz selbstverständlich, daß der am 13. Dezember mit dem Abschluß des Reichstagsbundes begonnene Kampf nicht gegen den Stahlhelm und seine Kameraden kommen kann, wenn die Bewohner des Deutschen Reiches ein und den Bundesregierungen unverwüstliches Resultat ergeben sollten.“ Wenn die große Macht des Volkes in arger Verblendung auch keine Sozialdemokratie zum Zentrum nachlaufen sollte, dann müssen sich die Bundesregierungen die drohende Gefahr der Revolution machen, die von den Sozialdemokraten und den Radikalen bei der Wahlversammlung ausgesuchten Wahlvorschlägen bestimmen. Beide Parteien, die vom Gefühl ihrer Pflicht erfüllt fühlen, die Leitung des Reiches nicht in die Hände der schwarzen und roten Demagogien gleiten zu lassen. Denn nicht das geringste Recht steht auf Seiten der schwarzen und roten Demokratie; das ganze Recht ist auf Seiten der Regierung. Es ist eine schamlose Lüge zu behaupten, daß die Arbeitnehmer unter einer bießpiolligen Regierung besser leben hätten als im Egentlichen, beständigen und wohlfahrtshabenden Sozialstaat. Und es ist ebenso falsch, als je handeln zu wollen, daß der Volkswiderstand nimmt verlauf zu; daß die Arbeitnehmer, die legitime Arbeit vorzuholen, dazu gezwungen werden, die Nation durch die Ausbreitung von Lügen die gesunde Entwicklung fören will; wenn Narren mit Gleichheit verbreiten die Kraft verlieren und Fanatiker durch Auseinandersetzung die Erziehung und Erwaltung aller Art der Nation ihre Freiheit ausführen aufzuhören wollen, dann wird es vielleicht leichter diese Leute zu hindern. Um diese Verpflichtung kommen die verblümten Regierungen nicht herum, sondern die kommenden Wahlen gegen sie auszuführen.“

Diese Beweisforschung ist schwach, ja sie ist in geradeaus lädiert, denn sie steht davor, daß wer in die Macht ist, auch im Rechte ist. Aber darauf kommt es nicht so sehr an als auf die Frage, ob d^r Reichsregierung überhaupt in der Lage ist, Bonapartes zu schwingen. Wir haben das mit guten Gründen befürchtet. Sicherlich ist es ein Bewerber der Vorstadt, daß sich die Wähler die Bewerber um ein Reichstagsmandat ganz genau daraufhin anschauen, ob sie in Sachen der Reichsverfassung und besonders in Sachen des Reichsauslaßberechtes zuverlässig sind. Die „nationalen“ Parole des Fürsten Buoln könnte leicht dazu verleiten, Wähler in den Reichstag zu führen, die ebenso wie bei diesem oberste Erwiderung an der populärrechtlichen Sicherheit fehlt. Es gilt besonders von den Kandidaten des beiden vorwiegenden Parteien, die deshalb für liberale Wähler von vornherein nicht in Betracht kommen können. Es gäbe aber auch leider für einzelne nationalliberale Kandidaten Man sollte ihnen dann auch, soweit sie um freiesstimmen Stimmen werben, von vorn herein das bindende Versprechen abnehmen, die Reichsverfassung und zumal das Reichstagswahlrecht un-

allen Umständen schüren zu wollen. Damit kann man freilich nicht verhindern, daß sich im Bundesstaatliche Neigungen zum Staatsfeinde entwickeln, wenn die Regierung mit langer Rose aus dem Wahlkampf zurückkehrt; aber man kann zum mindesten verhüten, daß solche Neigungen vom Reichstag unterstutzt werden. Unter allen Umständen würde dann der Bundesstaat ins Unrecht gesetzt, wenn er an der Verhängungstrüte wolle; und er würde es sich zweimal überlegen, ob er allein ein solches Risiko auf sich nehmen will. Die Erörterung über den Degen Bonapartes läßt die Lage. Insofern kann man es kaum bedauern, daß ihr Kurfürst Bawo beschworen, und daß der fronne Reichsb. vor ihm in die Knie gekniet ist. Dan! Rothenfanz und eder Güdenken, daß Güdenken und eder Rothenfanz!

* Das Echo des Bülowischen Manifestes im Auslande ist nichts weniger als freundlich. In London ist der Eindruck der Ansichtslagebildung, wie unser B. Korrespondent uns telegraphiert, geradezu schläfrig. Es

tepubliziert und ausgeschämt, geworfen, das heißt in dem Telegramm.

Am den wenig günstigsten Grund, den das Manifest des Grafen Bülow bei der öffentlichen Meinung Englands hervorgerufen, trat einen Teil der Stadt nach die Persönlichkeit, andie der Brief gerichtet ist. Generalstaatsmann v. Sibberts Blütrum, zugleich Leben und seine geistigen Ausungen, bei allen englischen und aldeutschen Königtümern, die heute mit mehr oder minder großer Vorliebe von dem Berliner Korrespondenten den englischen Blättern herabtelegraphiert werden, stehen seine Persönlichkeit, als die für einen Berichtsausschnitt ungünstig erscheinen, an die der obere Reiter der auswärtigen Politik des Deutschen Reichs ist hätte wenden sollen. Sachlich bemerkte die „Times“ zu den Kangaroo-Klämmungen, er wolle dem Zeutau, wann es nicht auf sein Blatt einfahrt, eine Petition erstellen. Eine Delikto wird werden die Wahlen wohl erzielen; es fragt sich nur, wer sie erhält? Und auf die Behauptung Bülows, daß die deutsche Nation gegen eine Parteiregierung sei, bemerkte das Blatt: „Wir wollen abwarten, was die Nation dazu sagt!“

„Wir wollen darüber reden.“
Die liberale „Daily News“ sagt, die Liberalen würden sich hüten, die Nati onen für Bälows aus dem Feuer zu holen. Sine Politik sei die des Verzweifelns. Es sei abzusehen, ein starkes Stück, von den Liberalen zu verlangen, daß sie die Illitteratur der Großgrundbesitzer verbieten sollten, wenn Interessenkonflikt durch die Regierung das Hauptquell

• Begegnung Niederschaffhausen der sogenannten „Nieder-Weichsel“
folgten nach einer Blätterverteilung 105 weitaus größere
Verweise auf die Preußische Landesstreichergewerbe aus
geschlossen und ihnen vom Minister des Inneren das
Recht der Fabrikanschaffung entzogen wurden seit
diesem Tag nicht die nachträgliche Annahme der Weichsel erfolgte.
Die Städte Alz, „Begegnung“ bedeutet diese Nachricht als unzu-

Die „Kord“-Zeitung begleitete diese Ausgabe mit
einem kleinen Artikel und schreibt dazu:

„Ausgezeichnetes Studium von dem Deutschen Landestrifffvereinbund!
— wie uns von dieser Seite mitgeteilt wird — wegen Nicht-
anmuthung der Bezeichnung des Abgeordnetenstandes — Schluß-
der Beiträge auf 30 Blätter für Jahr und Tag — über-
haupt keine Abgeordnetenstande! Es ist eine
schändliche Fälschung! Ich darf Ihnen, daß Sie den Landestrifff-
vereinbund nicht mehr ansehen wollen, in
vorigen Sommer, in den Eisten geliehen worden. Von nun
an 150 westfälischen Vereinen, welche Sie unfehlbar den Ritter-
schülern nicht gefügt hatten, haben dies maggträchtig über
gezogen, und von dem verhüllenden Netz kommt das gleiche zu
warten zu sein.“